

An die
Generalstaatsanwaltschaft Berlin
Eißholzstraße 30-33
10781 Berlin

Vorab per Fax: 030 / 9015-2742

Betreff: Strafanzeige und Strafantrag

Gegen: Die Präsidentin des Amtsgerichts Tempelhof-Kreuzberg, Frau Abel, Hallesches Ufer 62, 10963 Berlin

Wegen: Verdacht auf Beihilfe zur Rechtsbeugung durch Unterlassen § 339 i.V.m. §§ 27, 13 StGB, Strafreitelung im Amt § 258a StGB sowie aller weiteren in Betracht kommenden Delikte.

Sehr geehrte Damen und Herren,
hiermit erstatte ich formell Strafanzeige und stelle Strafantrag gegen die Präsidentin des Amtsgerichts Tempelhof-Kreuzberg, Frau Abel.

Die Beschuldigte deckt in ihrer Funktion als Behördenleiterin wissentlich und willentlich fortgesetzte Rechtsbeugung, Aktenmanipulation sowie die Unterdrückung von Eilverfahren insbesondere bei akuter Kindeswohlgefährdung durch Richterin Neuhauß Abteilung 164 F.

1. Sachverhalt und Kenntnisstand der Beschuldigten

Die Beschuldigte wurde von mir mehrfach und umfassend zuletzt durch ein detailliertes Dossier darüber in Kenntnis gesetzt, dass in der Abteilung 164 F systematisch das Recht gebeugt wird.

Konkret geht es um:

Das bewusste Ignorieren von Eilanträgen § 49 FamFG bei Kindeswohlgefährdung und Vermögensschädigung von Minderjährigen.

Die nachweisliche Manipulation von gerichtlichen Beschlussdaten Zurückdatierung von Einstellungen, um rechtzeitigen Zugang zu fingieren.

Das Versenden von Scheidungs- und Gewaltschutzakten in zerrissenen, offenen Paketen sowie das Vertauschen von Kläger/Beklagten-Konstellationen.

Zudem wurde der Beschuldigten durch die Präsidentin des Kammergerichts Az. KG N 3133 E-46-53/2026 am 05.02.2026 meine Beschwerde über diese Zustände offiziell "zur Kenntnisnahme und mit der Bitte um weitere Veranlassung" weitergeleitet.

2. Die Tathandlung Unterlassen trotz Garantenpflicht

Am 16.02.2026 habe ich der Beschuldigten persönlich eine förmliche Verzögerungsrüge § 198 GVG übermittelt, gepaart mit einem ärztlichen Attest F43.0 G, welches die bei mir durch die Justizwillkür ausgelöste, akute Gesundheitsgefahr belegt. Ich setzte der Beschuldigten eine Frist bis zum 23.02.2026 um 12:00 Uhr, um im Rahmen ihrer Dienstaufsicht die Blockade der Eilanträge zum Schutz der Kinder zu beenden.

Diese Frist ließ die Beschuldigte fruchtlos verstreichen. Sie reagierte weder auf meine Rüge, noch kam sie der "Bitte um weitere Veranlassung" des Kammergerichts nach.

3. Rechtliche Würdigung

Frau Abel hat als Präsidentin des Amtsgerichts eine dienstliche Garantenstellung inne. Sie ist verpflichtet, offenkundiges Justizunrecht und strafbares Verhalten ihrer Untergebenen Rechtsbeugung durch Richterin Neuhauß zu unterbinden, sobald sie davon positive Kenntnis erlangt.

Indem die Beschuldigte trotz detaillierter Beweisvorlage, trotz ärztlich attestierter Gesundheitsgefahr und sogar trotz Aufforderung durch das Kammergericht untätig bleibt, leistet sie der Rechtsbeugung Beihilfe. Sie ermöglicht durch ihr vorsätzliches Wegsehen, dass Richterin Neuhauß weiterhin Eilanträge bei Kindeswohlgefährdung unterdrückt und das Recht beugt. Durch dieses Deckungsverhalten erfüllt sie zudem den Tatbestand der Strafvereitelung im Amt.

Ich beantrage die unverzügliche Einleitung von Ermittlungen und die Sicherstellung des behördeninternen Schriftverkehrs zwischen Frau Abel und Frau Neuhauß.

Bitte bestätigen Sie mir den Eingang dieser Strafanzeige unter Mitteilung des staatsanwaltlichen Aktenzeichens.

Mit freundlichen Grüßen
Christian Reimer

Anlagen:

Mein Schreiben an Präsidentin Abel vom 16.02.2026 inkl. Fristsetzung zum 23.02.2026

Schreiben des Kammergerichts vom 05.02.2026 Az. KG N 3133 E-46-53/2026

Ärztliches Attest Diagnose F43.0 G